Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8713**

14. Wahlperiode 28. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/8272 –

Entwicklung und Wohlstand durch mehr Mut zur Marktöffnung

A. Problem

Fortführung und Intensivierung der Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO; Integration der Wettbewerbspolitik in das WTO-Regelwerk.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/8272 – abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Gudrun Kopp**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I.

Der Antrag wurde in der 218. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Februar 2002 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie dem Auswärtigen Ausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. März 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 126. Sitzung am 13. März 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 13. März 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 126. Sitzung am 20. März 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 27. Februar 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 13. März 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion der FDP war die vierte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha in wirtschafts-, entwicklungs- und handelspolitischer Hinsicht ein Erfolg. Allerdings läuft der Welthandel noch lange nicht so reibungslos, wie es bei konsequenter Handelsliberalisierung gemäß dem multilateralen Regelwerk der WTO möglich wäre. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Rahmen der bilateralen deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit einen Schwerpunkt auf die Durchsetzung von strukturellen Anpassungsmaßnahmen zu setzen, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, die sich aus der Öffnung der Märkte und der Globalisierung ergebenden Entwicklungschancen zu nutzen. Auch soll der neue Doha-Development Agenda Global Trust Fund mit deutscher Beteiligung entsprechend finanziell ausgestattet werden, um so ein wichtiges positives Zeichen gegenüber den Entwicklungsländern zu setzen. Ferner müssen nach Auffassung der Antragsteller die Bemühungen um weitergehende institutionelle Reformen der WTO verstärkt fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung massiv für die Integration der Wettbewerbspolitik in das WTO-Regelwerk einsetzen. Die Ausarbeitung und Vereinbarung von Sozialstandards soll hingegen ausschließlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) überlassen bleiben. Schließlich soll die Bundesregierung daran mitwirken, dass die Welttextilmärkte wie bisher vorgesehen Ende 2004 uneingeschränkt liberalisiert werden. Auch soll sich die Bundesregierung im Rahmen der EU für einen konkreten Zeitplan für das Ende der Exporterstattungen im Agrarhandel einsetzen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/8272 – in seiner 77. Sitzung am 20. März 2002 beraten.

Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

Berlin, den 20. März 2002

Gudrun Kopp
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333